

Waldmössinger Kindergarten: Entscheidung im April

Martin Himmelheber (him)

28. März 2021

„Den Bestand des katholischen Kindergartens in Waldmössingen hat niemand in Frage gestellt.“ Das betonte Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr im Rahmen der Bürgerfragestunde im Gemeinderat. Auch der vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Sperrvermerk für die Sanierung und Erweiterung, sei möglicherweise schon im April „Geschichte“, so Eisenlohr.

In der Bürgerfragestunde hatte sich Katrin Keller aus Waldmössingen gemeldet. Sie hat die Gemeinderätinnen und -räte gefragt, ob ihnen bewusst sei, was der Sperrvermerk bedeute. „Seit Jahren kämpfen wir für die Sanierung und Erweiterung es Kindergartens.“

Alternativen prüfen

OB Eisenlohr erinnerte an die Regel, dass nur die Oberbürgermeisterin Fragen beantworten dürfe. Sie könne also nicht für die gesamte Runde sprechen. Sie betone aber das Gremium wisse, dass in Waldmössingen dringend Krippenplätze gebraucht würden. Niemand erlasse leichtfertig einen Sperrvermerk. Es gehe darum, dass die Verwaltung alternative Möglichkeiten prüfen solle, wie Kita-Plätze geschaffen werden können. Das werde die Verwaltung im April dem Gremium vorlegen.

So soll der erweiterte Kindergarten einmal aussehen. Grafik: Stadt Schramberg

Elternwunsch?

Eine weitere Waldmössingerin, Susanne Schneider, hakte nach und wollte wissen, ob die Verwaltung denn die Waldmössinger Eltern dazu gefragt habe. Diese wollen den Erhalt des Kindergartens. „Waldmössingen ist katholisch“, betone sie. Auch, dass die Eltern eine gemeinsame Einrichtung für alle Kinde im Dorf

wünschen. Sie fragte, ob der Rat die gewachsenen Strukturen in Waldmössingen „aufs Spiel setzen“ wolle.

Eisenlohr erwiderte, es gebe durchaus auch andere Stimmen, die eine Alternative zum katholischen Kindergarten wünschten.

Warum zwei Kindergärten billiger als einer sein könnten?

Schließlich fragte Christoph Keller aus Waldmössingen, warum die die Stadt meine, zwei Kindergärten seien billiger als einer.

Dazu erläuterte Eisenlohr, man müsse zwei Kennzahlen unterscheiden. Bei der Investition in einen neuen Kindergarten oder bei der Sanierung sei es bisher so gewesen, dass die kirchlichen Träger 20 Prozent beisteuerten, den Rest die Stadt bezahle. Beim Betrieb zahle die Stadt um die 95 Prozent des Abmangels. Bei einer betrieblichen Einrichtung seien die Investitions- und Betriebskosten-Beiträge der Betriebe deutlich höher und der Abmangel für die Stadt wesentlich geringer. „Wir prüfen derzeit das Ob und Wie“, so Eisenlohr abschließend.